

## **Für die FDP-Fraktion Thomas Bursian**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Jung,  
verehrte Beigeordnete, Ortsbürgermeister, Bürgerinnen und  
Bürger, und Herr Kilian vom Öffentlichen!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Jung, wir beleuchte fast  
deckungsgleich die Themen, allerdings ich mit einem anderen  
Filter!

Im letzten Jahr haben wir noch von den langen Geburtswehen  
der Fusion gesprochen, heute wissen wir, dass die Fusion kein  
schönes Kind gebar. Es läuft nicht immer rund, dazu später.

Den Folgen globaler und nationaler Krisen müssen sich  
private Haushalte, Unternehmen, Räte aber auch  
Verwaltungen stellen. Insofern ist eine vertrauensvolle  
Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und den Räten  
Grundvoraussetzung. Der Austausch zwischen den Fraktionen  
ist wertschätzend. Wir sehen aber auch, dass Bürgermeister  
Jung den Konsens anstrebt. Das gesellschaftliche Klima ist  
rauer geworden. Deshalb begrüßen wir, dass wir Demokraten  
gemeinsam eine Brandmauer gegen Extremisten ziehen, somit  
auch gemeinsam Flagge am 24.02. auf dem Marktplatz  
zeigen.

Wir müssen uns aber hier im Rat um nachhaltige  
Entscheidungen kümmern. Und deshalb ein dringender  
Appell, um das gesellschaftliche Klima nicht weiter  
anzuheizen. Das Kirner Land, insbesondere die Stadt Kirn,  
haben einen großen Beitrag bei der Aufnahme von  
Flüchtlings und Ukrainern geleistet. Das haben wir gerne

gemacht, dennoch ist jetzt eine Zahl erreicht, die den gesellschaftlichen Konsens gefährdet. Da die Integration offensichtlich mehr Zeit erfordert, auch KITAS und Schulen, Wohnungsmarkt erheblich belastet sind. Hier erwarten von der Verwaltung Einsicht und Widerstand sowohl gegenüber dem Land und Kreisverwaltung.

Wir möchten mit einer Reihe von konkreten Anregungen Impulse setzen;

Unbefriedigend, dass sich in vielen Bereichen sei es bei Bürgerbüro, MVZ, Bauhof, Wertstoff, Anpassung Trinkwassergebühren, usw. sich Fortschritte im Schneckentempo bewegen. Zwischen Planung und Umsetzung hakt es. Dennoch sind wir optimistisch, dass das Jahr 2024 in Teilbereiche den Durchbruch möglich ist. Beim Bürgerbüro hat sich das Warten dennoch gelohnt, da mittlerweile bei der Ausstattung abgespeckt wurde. Auch hier muss das Ziel sein, den Bereich des Bürgerbüros zu verkleinern, schließlich muss die Zukunft in der Digitalisierung und nicht im Schalterbereich liegen. Wichtig dagegen sind Dienstleistungen, die der Bürger direkt wahrnimmt: Offensichtlich ist die Sozialarbeit an den Grundschulen trotz Aufstockung, eher die Minimallösung. Kitas ebenfalls erforderlich, knappe Ressourcen beschränken das auf rund eine Kraft.

Wir wünschen uns eine atmende und flexible Organisation, die sich den Gegebenheiten anpasst. Nicht ermutigend, wenn beim Personal erstmals die 100 er Marke geknackt wurde. Wir sehen auch die externen belastenden Faktoren durch Bund und Land, die lähmende Bürokratie mutiert zur giftigen

Hydra. Dennoch erwarten wir Konzepte zur Deckelung der Kosten. Aber auch mehr Transparenz und Gegensteuerung bei den angehäuften massiven Überstunden.

Zu den Finanzen:

Auch in den Kommunen ist die finanzielle Anspannung extrem spürbar. Kitas, Schulen und Ehrenamt müssen wir stärken. Der Fuhrpark der Feuerwehr wird weiter modernisiert. Investition in Sachkapital ist gut, dennoch dürfen wir die Köpfe nicht vergessen. Wir sollten zukünftig durch eine höhere Pauschale die wichtige und oft auch belastende Tätigkeit unserer Feuerwehrleute honorieren.

Weiter zum Thema Leben retten: Die Kirner Rettungswache ist seit 2018 im Kreistag im Gespräch. Verbunden damals mit einer protokollierten Zusicherung von Frau Dickes für eine zeitnahe Lösung. Es wurden nun 6 Jahre später Investitionen in Kirn angedacht. Kürzlich übereichte die Eheleute Ellen und Michael Müller gemeinsam mit Stadtbürgermeister Frank Ensminger fast 5000 Unterschriften für den Erhalt und Ausbau der Kirner Rettungswache. Die Mainz-Bingener Landrätin Schäfer stimmt vorsichtig optimistisch!

Wir warnen davor, dass dies allein heiße Luft im Rahmen des kommenden kommunalen Wahlkampfes ist. Die Quittung käme bei den Wahlen in den Folgejahren!

Auch beim stationären Wertstoffhof auch hier grünes Licht. Wir sollten den Kreis beim Wort nehmen und endlich ein Grundstück präsentieren.

Wir sehen hier die Wirtschaftsförderung in der Pflicht!

Zum Tourismus:

Positiv, dass der Imagefilm mit einem sehr ordentlichen Ergebnis vorzeigbar ist.

Man hat sich von dem Film eine weite Verbreitung und nachhaltige Werbung für das Kirner-Land versprochen. Wir fragen nach: welche Zugriffszahlen auf dem Film sind bekannt?

Zeitnah weitere Themen in Kurzclips bearbeitet werden.  
(Thema Ärzte, darf nicht im Wartezimmer versauern)

Unsere Tourismusabteilung ist personell gut versorgt, Themen vorhanden. Die Frage stellt nach der Evaluierung der Tätigkeiten: Wie hat sich der Tourismus im Kirner-Land nach Corona entwickelt, ggf. im Vergleich zu den Nachbarregionen? Mit welchen innovative Projekten möchte man zukünftig bei potenziellen Touristen punkten wird. Wir schlagen sonst auch eine Neugewichtung der Arbeit der Abteilung vor. Mehr Druck auf den Kessel im Bereich der Wirtschaftsförderung, besonders dringlich bei einer stagnierenden Wirtschaft!.

Bereits im letzten Jahr fragten wir als Freie Demokraten was können wir als Rat für unsere Jugend tun? Angesichts des Erstarken der politischen Rändern sollten wir verstärkt in Präventionsarbeit investieren. Der Jugend mehr Teilhabe im politischen Raum ermöglichen! Gute Erfahrungen hat z.B. die Verbandsgemeinde Langenlonsheim-Stromberg mit einem Jugendparlament. Warum nicht einen solchen Bedarf für unsere Heimat klären? Zu Mal es auch für Jugendprojekte von den Ministerien Fördertöpfe gibt.

Gelungen sind die Ferienprogramme für unsere Jugend: Dank , dass Vereine und Verwaltung an einem Strang ziehen, großzügig unterstützt von der Bürkle-Stiftung.

Zum Schluss einige Sätze zu den Verbandsgemeindewerke und dem das Ärgernis der letzten Wochen: Auch im letzten Jahr gab es bereits eine Reihe von Irritationen bei den Immobilien- und Grundstücksbesitzer. Ich lasse den Ablauf Revue passieren. Im Juni 21 war eindeutig Konsens im Rat, wir machen das System über die neuen Grundlagenbescheide im Schmutzwasserbereich gerechter, ohne gravierende Mehrbelastungen für die bisherigen Betragzahler.

Das Unverständliche: Mitte 21 der Beschluss, zwei Jahre später die Erfassungsbögen für die Eigentümer. Ein Wirrwarr mit fehlerhaften Grundlagenbescheiden, für die Externe aber Schuld seien, wenn das so ist muss man diese auch für den Mehraufwand für das eigene Personal in Regress nehmen. Ist das bereits geschehen? Es geht weiter:

Dann Anfang der Gebührenhammer, mit teilweise drastischen Gebührensprünge für 22 und 23. Und angeblich sei dieses Übel nicht heilbar! Wo bleibt da für den Bürger die Planbarkeit? Man kann es Bürgern nicht verdenken, wenn sie sich hier rechtliche Hilfe suchen

Zusammenfassend, es ruckelt teilweise noch, jetzt weiter Ärmel hochkrempeln, Tempo machen!  
Es gibt noch viel zu tun, packen wir es weiter gemeinsam an!  
Zustimmung!

